

## **Soziale Einheit in Frieden und Freiheit Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1991**

Zum ersten Mal seit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazidiktatur im Jahre 1933 rufen wir - der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften - alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im geeinten Deutschland auf, sich an unseren Veranstaltungen und Kundgebungen zum 1. Mai zu beteiligen. Als freie, von Staat, Parteien und Arbeitgebern unabhängige Einheitsgewerkschaften richten wir unsere Forderungen an diejenigen, die in Staat und Wirtschaft Verantwortung tragen.

Wir rufen die Arbeitnehmer in West- und Ostdeutschland, deutsche wie ausländische Kolleginnen und Kollegen, dazu auf, für gleiche, menschenwürdige und umweltverträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu streiten.

### **Der DGB fordert:**

#### **Zukunftssichere Arbeitsplätze für alle!**

In den fünf neuen Bundesländern gibt es genug Arbeit. Mit Geld, politischem Willen und praktikablen Konzepten müssen daraus Arbeitsplätze gemacht werden.

Wir fordern umfangreiche Investitionen der öffentlichen Hand, um die Verkehrswege, vor allem die Schienenverkehrswege, auszubauen, die Telekommunikation zu verbessern, die Umwelt zu reparieren, Wohnraum zu schaffen, Städte und Dörfer zu sanieren.

Die Unternehmen müssen stärker als bisher in den neuen Bundesländern investieren. Investitionshemmnisse müssen schnell beseitigt werden.

Wir fordern neue Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Kurzarbeiter und Arbeitslose.

#### **Die Umwelt reparieren!**

Die Umweltschäden in den neuen Bundesländern haben zum Teil lebensbedrohende Ausmaße erreicht und stellen sich als großes Investitionshemmnis dar. Der Bau von Kläranlagen, von Luftfiltern, die Entgiftung der Böden sind Aufgaben, die dringlich angegangen werden müssen. Wir fordern ein umfangreiches Umweltinvestitionsprogramm für ganz Deutschland. Damit unsere Kinder noch in einem bewohnbaren Land leben können.

#### **Den Sozialstaat verwirklichen!**

Seit dem 3. Oktober gilt das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes in ganz Deutschland. Alle Menschen haben von der Verfassung garantierte soziale Rechte. Die Menschen in den neuen Bundesländern sind nicht Bundesbürger minderen Rechts.

Wir fordern, in den neuen Ländern Mieten, Energiekosten und die Verkehrssysteme so lange zu stützen, bis die erheblichen Einkommensunterschiede beseitigt sind.

Durch eine soziale Mindestsicherung bei Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit müssen die Maschen des sozialen Netzes enger geknüpft werden.

In den neuen wie den alten Bundesländern muß der Gegensatz von verschämter Armut und unverschämtem Reichtum überwunden werden.

#### **Die soziale Einheit gerecht finanzieren!**

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind bereit, ihren Beitrag für die notwendigen Kosten für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau in den fünf neuen Bundesländern zu tragen. Aber die Lasten dürfen ihnen nicht einseitig aufgebürdet werden. Wir fordern statt der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einen Arbeitsmarktbeitrag aller!

Wir fordern die Bundesregierung auf, auf die geplanten Steuergeschenke an Reiche und Unternehmer zu verzichten.

### **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!**

Gleiche Arbeitsleistung darf in West- und Ostdeutschland nicht unterschiedlich entlohnt werden. Deshalb haben wir Stufenpläne durchgesetzt, mit denen dieses Ziel verwirklicht wird.

Steigende Gewinne der Unternehmer und nachhinkende Einkommen der Arbeitnehmer gefährden den sozialen Frieden. Wir fordern eine gerechte Verteilung des von allen gemeinsam erarbeiteten Reichtums.

Wir wollen auch mit unserer Tarifpolitik die Arbeit menschlicher machen und bessere Formen von Arbeit und Leben für Männer und Frauen verwirklichen.

### **Die Rechte der Frauen durchsetzen!**

Frauen sind in West- und Ostdeutschland nach wie vor benachteiligt. Frauen in Westdeutschland ist es immer noch schwer möglich, Beruf und Familie, Erwerbs- und Hausarbeit miteinander zu vereinbaren. In Ostdeutschland werden sie nicht nur durch den Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch den Abbau der Kinderbetreuungseinrichtungen benachteiligt. Alleinerziehende Frauen sind in besonders starkem Maße betroffen. Leidtragende sind sie und ihre Kinder.

Damit die Frauen nicht die Verliererinnen der deutschen Einheit werden, werden wir sie in ihren beruflichen Chancen besonders fördern. Wir setzen uns dafür ein, daß ein flächendeckendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen im gesamten Deutschland geschaffen wird.

### **Weltweit für den Frieden wirken!**

Der Golfkrieg hat diese Welt fast an den Abgrund getrieben.

Die Aufrüstung der Länder der Dritten Welt muß beendet werden. Wir fordern den Stopp aller Waffenexporte in Länder außerhalb der NATO. Wir fordern die Verschärfung der Waffenexportkontrollen. Den Krämern des Todes muß das Handwerk gelegt werden. Die friedensfördernde Rolle der Vereinten Nationen muß gestärkt werden. Wenn die Menschheit überleben will, müssen Nord und Süd zueinander finden, muß der Reichtum dieser Erde gerecht verteilt werden.

Die Menschen- und Bürgerrechte, das Recht auf freie und unabhängige gewerkschaftliche Betätigung müssen in allen Staaten geachtet werden. Wir leben in einer Welt! Tragen wir dazu bei, daß sie menschenwürdig ist!

Quelle: Einheit Nr. 8 vom 15. April 1991